



Antrag

der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Konsequenzen aus dem Verkauf oder Teilverkauf von Anteilen des Landes Schleswig-Holstein an der HSH-Nordbank

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag bittet die Landesregierung, in der 49. Tagung des Landtages einen mündlichen Bericht zu geben

1. über die Konsequenzen eines möglichen Verkaufs oder Teilverkaufs der Anteile des Landes Schleswig-Holstein an der HSH-Nordbank für die Sparkassenorganisation des Landes,
2. über die Auswirkungen des o.a. Verkaufs oder Teilverkaufs der Anteile des Landes Schleswig-Holstein an der HSH-Nordbank auf die Sparkassen im Land Schleswig-Holstein,
3. über die aktuelle Meinung der Landesregierung im Zusammenhang mit der landesweiten Diskussion über mögliche Privatisierungen oder Teilprivatisierungen von Sparkassen

Begründung:

In einer Reihe von Gebietskörperschaften ist in den letzten Monaten über die in Rede stehenden Veränderungen der Sparkassenstruktur mit dem Ziel der Privatisierung oder Teilprivatisierung diskutiert worden. In der Ratsversammlung der Stadt Flensburg z.B. ist am 16. Dezember 2004 eine „Resolution der Stadt Flensburg zum Erhalt der öffentlich-rechtlichen Sparkasse“ verabschiedet worden, in der die Ratsversammlung „die Schleswig-Holsteinische Landesregierung, den Landtag und die in ihm vertretenen Fraktionen nachdrücklich auffordert, sich entschieden für den Erhalt unserer öffentlich-rechtlichen Sparkassen einzusetzen und allen Plänen für eine Privatisierung oder Teilprivatisierung eine klare Absage zu erteilen.“

Holger Astrup
und Fraktion

Monika Heinold
und Fraktion